Leipziger Chronik des organisierten Widerstandes 1988-1989

Diese Leipziger Chronik, ein kurzer Abriss Leipziger Ereignisse von Anfang 1988 bis zur Revolution, wurde 1989/ 90 in vier Teilen in der Düsseldorfer Zeitschrift „Ost-West-Diskussionsforum" veröffentlicht.
Die beiden ersten Teile sind aus der bereits im März 1989 erschienenen Samisdat-Publikation „Die Mücke" übernommen worden.
Die beiden letzten Teile wurden von Kathrin Walther und Thomas Rudolph in Leipzig zusammengestellt und sind in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Arbeitskreises Gerechtigkeit von Frank Wolfgang Sonntag (f. w. s.) herausgegeben worden.

Arbeitsgruppe Menschenrechte/ Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.):
Leipziger Chronik (Teil 1) vom 13. Februar bis 5. September 1988.
(Nachdruck von Vorwort und einem Teil von „Was war los in Leipzig? Eine Chronik" aus: Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig, DDR-Samisdat, Leipzig, März 1989, S. 1-7) In: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 6, April 1989, S. 8–11.

Arbeitsgruppe Menschenrechte/ Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.):
Leipziger Chronik (Teil 2) vom 11. September 1988 bis 27. Januar 1989.
(Nachdruck eines Teiles von „Was war los in Leipzig? Eine Chronik" aus: Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig, DDR-Samisdat, Leipzig, März 1989, S. 7-17) In: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 7, Juni 1989, S. 7–10.

Arbeitsgruppe Menschenrechte/ Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.):
Leipziger Chronik (Teil 3) vom 23. Februar bis 29. Mai 1989.
Zusammengestellt von Kathrin Walther und Thomas Rudolph und in der Bundesrepublik Deutschland von Frank Wolfgang Sonntag veröffentlicht in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 8/ 9, Oktober 1989, S. 14/ 15.

Arbeitsgruppe Menschenrechte/ Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.):
Leipziger Chronik (Teil 4) vom 4. Juni bis 4. September 1989.
Zusammengestellt von Kathrin Walther und Thomas Rudolph und in der Bundesrepublik Deutschland von Frank Wolfgang Sonntag veröffentlicht in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 10, Februar 1990, S. 18-20:

Leipziger Chronik (Teil 4)

Unter dem Titel »Die Mücke« legten die Leipziger Arbeitsgruppen »Arbeitskreis Menschenrecht« und »Arbeitskreis Gerechtigkeit« im März 1989 eine im »Ost-West-Diskussionsforum« veröffentlichte Chronik vor, die die Entwicklung eines Jahres verfolgte. Somit kann der Leser die Entwicklung seit Februar 1988 nachlesen. In dieser Ausgabe ist der Zeitraum 4. 6. 1989 bis 4. 9. 1989 zusammengefaßt.

4. 6.

900 Personen versammeln sich in der Paul-Gerhardt-Kirche zu einem Umweltgottesdienst. Anschließend setzen sich 500 Personen zum 2. Pleißemarsch in Bewegung; nach wenigen Metern greifen Bereitschaftspolizei, Staatssicherheit in Zivil und Kampfgruppen in Zivil ein und zersprengen den Zug. Einige kehren um, andere versuchen, in zwei 150 Personen großen Gruppen den Marsch weiter durchzuführen. Von der einen Gruppe werden nach 500 Metern etwa 50 vorläufig festgenommen. Die zweite Gruppe bleibt zusammen und kommt – ungeplant – bis zum Bezirksgebäude der SED; dort riegelt die Polizei erneut alles ab und versucht, einen Kessel zu bilden. Daraufhin begeben sich einige auf die Treppen des SED-Bezirksgebäudes in einen Sitzstreik. Nochmals gibt es vorläufige Festnahmen.

Etwa 40 Personen (vorrangig Mitarbeiter der »Frauen für den Frieden« und der AG Friedensdienst und des Jugendkonventes Leipzig) erreichen dann fast unbehindert die Ref. Kirche, wo ein weiterer Umweltgottesdienst mit mehrstündigem Informationsprogramm stattfindet. Insgesamt wurden 74 Personen vorläufig festgenommen.

Bereits seit Sonnabend standen Mitarbeiter verschiedener Gruppen unter Hausarrest, der bis Sonntag 18.00 Uhr andauerte. Acht Aktivisten wurden bereits bis Sonntagmittag zugeführt; zum Teil, weil sie den Hausarrest durchbrachen, aber auch, weil die Sicherheitskräfte sichtlich nervös waren (so hatte der Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit, Thomas Rudolph, keinen Hausarrest, wurde aber 100 m von seiner Wohnung entfernt auf dem Wege zu einem Zigarettenladen zugeführt); waren doch sowohl Pleißemarsch als auch Straßenmusikfest vom Politbüro untersagt worden. Die SED-Bezirksleitung wollte nicht schon wieder eine Rüge für schlechte politische Arbeit oder Nichteinhaltung von Ruhe und Ordnung erhalten, wie in der Woche zuvor. Auch personelle



Jugendliche protestieren in Leipzig gegen Aktenverbrennung

Konsequenzen in der Bezirksleitung standen wohl erstmals zur Debatte.

5. 6.

Zum Friedensgebet, welches Pfarrer Kaden zusammen mit der *AG Umweltschutz* hielt, waren so viele gekommen wie noch nie (1250). Auch der Landesbischof und OKR Auerbach waren anwesend. Dies war wohl der Grund dafür, warum die Polizei nicht sichtbar schon vor jeglicher Demonstration mit Polizeiketten die Straßen absperrte.

10. 6.

Straßenmusikfestival. Erneut Hausarrest und vorläufige Zuführungen. Insgesamt wurden mindestens 114 Personen vorläufig festgenommen. Volker Dorn aus Eilenburg wurde nach § 214 zu 6 Wochen Freiheitsentzug verurteilt.

(Zum Straßenmusikfest siehe auch Umweltblätter Mai 1989 und das Sonderheft der »Haltestelle«, welches der Friedens- und Umweltkreis beim ökumenischen Jugendzentrum in Quedlinburg herausgab.)

11. 6.

Unter Beteiligung von Mitarbeitern des AK Gerechtigkeit wird in Börln ein Gottesdienst mit Informationstag zusammen mit 700 Menschen der umliegenden Orte und 100 Atomkraftgegenern aus der DDR durchgeführt. Zuvor waren 100 Personen in einer unterbrochenen Fahrradkette von Wurzen nach Börln gefahren.

Börln erlebte das größte Sicherheitsaufgebot seit den Napoleonischen Kriegen und der Völkerschlacht bei Leipzig. Vier Personen wurden ohne ersichtlichen Grund, wohl wiederum aus Nervosität, zugeführt (siehe »Forum für Kirche und Menschenrechte« Nr. 1, S. 8).

12. 6.

Der Friedenskreis Grünau/Lindenau gestaltet vor 1 000 Personen in der Nikolaikirche das montägliche Friedensgebet. Nach dem Friedensgebet setzt sich ein Zug von 200 Antragstellern in Bewegung. 25 Personen werden vorläufig festgenommen. Erstmals tauchen 16/17jährige bartlose Jünglinge (wohl Mitglieder der GST) als Provokateure auf.

17. 6.

Die Leipziger Bereitschaftspolizei hatte auf Grund der Einsätze ihr Spritkontingent bereits bis November verfahren, und die 18 Monate Dienenden fragten immer öfter, was denn die Einsätze gegen friedliche Demonstranten sollten. Dies war wohl der Grund dafür, warum an diesem Tag die Hallesche Bereitschaftspolizei bei der vermuteten Demonstration am Alten Rathaus zum Einsatz kam. Einige wenige Antragsteller hatten sich auch auf dem Markt versammelt. Sie standen jedoch vereinzelt und bildeten keinen Demonstrationszug.

18. 6.

Der AK Solidarische Kirche und der AK Gerechtigkeit gestalten in der Markuskirchgemeinde eine Andacht mit Informationsmaterial über die Vorgänge in China.

Die Proteste hielten schon seit Wochen an. Viele Gruppen hatten Sammeleingaben und Petitionen verfaßt. Studenten trugen chinesische Flaggen mit Trauerflor an den Jacken. Allein die LVZ soll bis zu diesem Tag 150 Unterschrifen in Sachen China bekommen haben.

44 Theologiestudenten des Theologischen Seminars hatten bereits eine Petition an den sächsischen Landesbischof gesandt, damit er sich für eine Stellungnahme des Ökumenischen Rates der Kirche einsetzt.

Einige Mitarbeiter von Leipziger Stadtbezirksleitungen der SED wurden auf Grund ihrer Proteste ihrer Posten entbunden und in niedrigere Positionen gesetzt. Die Parteiaustritte nahmen wieder sprunghaft zu. Vom 1. Januar bis 15. Juni traten 998 Personen aus, und 695 wurden aus der Partei herausgeschmissen (Zahl für die Bezirke).

19. 6.

Vor 1 100 Personen hält die Nikolaikirchgemeinde und das christliche Umweltseminar Rötha das montägliche Friedensgebet.

Bereits vor dem Friedensgebet wurde der Theologiestudent Mike Dietel zugeführt, weil er eine der oben beschriebenen Fahnen zu China trug.

Nach dem Friedensgebet bildeten etwa 100 zumeist Antragsteller einen Schweigemarsch, der nach wenigen Metern gestoppt wurde. Es gab 30 vorläufige Festnahmen (siehe Mitteilung der AG zur Situation der Menschenrechte vom 26. 6.).

21. 6.

Eine DDR-weite Erklärung von 25 Friedens- und Menschenrechtsgruppen zu den Vorgängen in China wird verfaßt. Sie wird am 22. 6. veröffentlicht (siehe »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 8/9, S. 57).

24. 6.

In der »Leipziger Volkszeitung« befaßt sich ein Herr Rudolf Otto in einem Zweispalter unter dem Titel „Was treibt Frau A.K. ins Stadtzentrum?" mit den Demonstrationen seit Januar 1989 in Leipzig. Interessant erscheint, daß am Beginn der zweiten Spalte *„solcher Gruppen wie in Leipzig"* (offensichtlich unterschieden von denen in der ersten Spalte / 2. Absatz) gemeint sind. Gemeint sind damit wohl vor allem der *AK Gerechtigkeit*, die AG Menschenrechte, die AG Umweltschutz, der Jugendkonvent und die IG Leben, wobei der Verfasser des Artikels geflissentlich vergaß, daß es gerade sie waren, die für die *„Lehrstunde produktiver, verantwortungsbewußter Einmischung"* in die Wahlveranstaltungen (sprich Wahlversammlungen) verantwortlich waren, welche Herr Otto im 3. Abschnitt der 2. Spalte empfiehlt.

Übrigens hatte Herr Magirius bereits staatlichen Stellen angekündigt, daß er Herr Urban wegen dessen Schreiben aufsuchen werde, was die staatlichen Stellen sich verbaten. Ob mit Erfolg, ist noch nicht bekannt.

24./25. 6.

Im Rosental findet das 9. Rosentalfest statt. Zur großen Jugendveranstaltung mit 4 Bands am Sonnabendabend saßen jedoch nur etwa 100 Jugendliche verstreut auf der großen Wiese und lauschtem dem teuren Rock, der auch hier im Auftrag der FDJ organisiert war. Verglichen mit dem Straßenmusikfest und seiner Besucherzahl (Schätzungen bewegen sich zwischen 1 500 und 2 500 Personen) vom 10. Juni bleibt zu konstatieren: Die SED hat es immer schwerer, „ihrer Jugend" attraktive Alternativen anzubieten. Und sie sollte auch nicht anbieten und vorschreiben, sondern endlich Kreativität und Selbstbewußtsein zulassen.

26. 6.

Leipziger Friedensgebet in der Nikolaikirche:

Gekommen waren 1 000 Personen; alle waren sie aufgebracht über den *Artikel in der LVZ*.

Ablauf: Pfarrer Führer verliest einen Protestbrief von 30 Personen an die chinesische Botschaft, um gegen die Todesstrafen in China zu protestieren. Pfarrer Führer ruft die Gottesdienstbesucher dazu auf, die im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Nikolaikirche stehenden Repressionen gegen Gottesdienstbesucher dem Kirchenvorstand von St. Nikolai mitzuteilen, damit dieser selbige an das Landeskirchenamt weiterleiten kann. Pfarrer Führer teilt mit, daß der Kirchenvorstand St. Nikolai Herrn Rudolf Otto zu einem Gespräch einlädt, weil die Zeitungen eine Gegendarstellung sicher nicht abdrucken werden. Weiter erklärt er: *„Dieser Artikel dient nicht dem Frieden in unserer Stadt. Wir bedauern diese Entgleisung."*

Thema des von einer Friedensgruppe gehaltenen Gebetes war „Frei denken", welches anhand eines Galatertextes ausgeführt wurde. Viel Platz in den Ausführungen des Predigers nahm dabei die Gründung des Freidenkerverbandes ein.

Fürbitte wurde für freies Denken und freien Glauben; die Einsicht der Sicherheitsorgane, daß Meinungsäußerung *keine Provokation ist; ein* Ende der Repression in Südafrika und China; sowie dafür gehalten, daß Freiheit kein Privileg der Herrschenden ist.

Außerdem wurde eine Mitteilung der Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte bekannt, die besagt,

daß es nicht nur Ordnungsstrafen, sondern auch Strafbefehle nach den Demonstrationen vom 12. und 19. Juni gab.

6. 7.

Aus Anlaß des Leipziger Kirchentages verfassen die AG Menschenrechte und der AK Gerechtigkeit einen Offenen Brief an die Bevölkerung dr DDR über die jüngsten Repressionen in Leipzig (siehe »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 8/9, S. 16).

9. 7. - Kirchentag in Leipzig

Während des Kirchentages erlebte dann auch die Frauen- und die Sozialarbeit die Ab- und Ausgrenzungspraktiken des Kirchentagsausschusses.

Die schönfärbende und brisante Themen verdrängende Abschlußveranstaltung veranlaßte dann einige junge MitarbeiterInnen kirchlicher Gruppen, ein deutliches Zeichen für die bis dahin wenig beachteten Themen zu setzen: 2 Plakate mit der Aufschrift: *„Nicht nochmal Wahlbetrug"* und *„Demokratie"* in chinesischer und deutscher Schrift.

Es schlossen sich sofort viele KirchentagsteilnehmerInnen an – eine bunt gemischte Gruppe von einigen hundert Leuten zwischen 15 und 70 Jahren.

Nach langen Diskussionen mit den KirchentagsorganisatorInnen einigte man sich darauf, daß die Gruppe während der Veranstaltung nicht über den Platz laufen, sondern sich an einem Ort aufhalten würde. Nach dem Ende des Gottesdienstes zog dann die Menge, inzwischen durch regenbogenfarbige Bänder, die an alle TeilnehmerInnen ausgeteilt wurden, miteinander verknüpft, zur Tribüne, mußte dort aber erleben, daß kirchliche Ordnungstruppen sie brutal am Besteigen der Treppe hinderten. Erfolglos wandten sie sich ab und zogen mit ihrem großen Plakat, das durch die großen chinesischen Schriftzeichen erheblich Aufsehen erregte, in Richtung Ausgang.

Ursprünglich war geplant, das Plakat nur auf dem Kirchentagsgelände zu tragen – zu groß war die Angst vor sinnlosen Zusammenstößen mit der Polizei, deren Ergebnis doch nur viele Zuführungen und damit verbundene Sanktionen gewesen wären.

Doch nun entschlossen sich die Menschen zu konsequentem Handeln – mit der „Demokratie" zogen sie in Richtung Innenstadt. Von einem ersten Polizeihubschrauber ließen die ca. 1 000 Menschen sich nicht stören. Singend gelangten sie bis zur nächsten großen Straße, an der es durh eine Straßenbahn zu einigen Komplikationen kommen sollte.

Denn aus der haltenden Straßenbahn sprang plötzlich ein Trupp von Stasi-Männern, die den Plakatträgern die „Demokratie" entrissen. Da die Menschen vermuteten, daß nicht nur das Plakat, sondern auch DemoteilnehmerInnen in die Straßenbahn gezogen wurden, setzte man sich auf die Straßenbahnschienen und blockierte, begleitet von Sprechchören *„Stasi raus"* die Weiterfahrt der Bahn. Als klar war, daß niemand in die Bahn gezerrt wurde, lief man weiter, ohne Plakat – aber verknüpft durch das regenbogenfarbige Bändernetz.

Am Peterssteinweg, neben dem Polizeipräsidium, zeigte sich dann die erste Polizeikette. Mit dem Gummiknüppel an der Seite harrten die Polizisten der Demonstranten, die doch „nur" Demokratie wollten. Der Zug entging der Auseinandersetzung, indem er einfach in eine Nebenstraße einbog. Doch auch an deren Ende zeigte sich nach einiger Zeit eine Polizeikette, die die DemonstrantInnen wiederum zu einer Wegesänderung zwang. Verzweifelt suchte man nach einer Lösung und war mehr als beglückt, als sich Rettung in Form der Petrikirche zeigte. Mit einem „Kyrie Eleison" zogen die Hunderte in die Kirche und verärgerten damit manchen Ausstellungsbesucher. Im Kircheninneren zog wieder etwas Ruhe in die erregten Menschen, und so konnte man das Geschehene reflektierten. Besonders erfreulich, daß auch die älteren Menschen bis zum Schluß geblieben waren. Ein deutliches Zeichen, daß sie mit dem Ablauf einverstanden waren. Sicher konnten an diesem Tag so manche Ängste vor den „staatsfeindlichen Gruppen" abgebaut werden.

In dem abschließenden Fürbittgebet wurde auch die Angst vor dem Bau eines Atomkraftwerkes in Börln bei Leipzig laut.

(Siehe zu dem Komplex Repressionen in Leipzig im Zusammenhang mit den Friedensgebeten die Mitteilungen der AG zur Situation der Menschenrechte.)

8.-9. Juli

Die Arbeitsgruppe Menschenrechte und der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestalten in der Lukaskirche einen von insgesamt etwa 2 500 Personen besuchten „Statt-Kirchentag", nachdem die Kirchentagsleitung den „Markt der Möglichkeiten" aus dem offiziellen Kirchentagsprogramm gestrichen hatte. Die sächsische Kirchenleitung unterstützte indirekt gegen den Vorbereitungsausschuß des Kirchentages den „Statt-Kirchentag" und betrachtete ihn als genuinen Bestandteil des offiziellen.

Stände, Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen über Menschenrechtsfragen, »Solidarność« in Polen, alternative Kunst und Kultur, den konziliaren Prozeß und die Ereignisse der letzten Monate (China, Kommunalwahl etc.) boten ausreichend inhaltliches Profil, welches sich wohltuend von den Gegenkirchentagen („Kirchentag von Unten") 1988 in Halle und 1987 in Berlin abhob. Neben Vertretern der aktivsten kirchennahen und kirchlichen Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen waren auch prominente Gäste, so Erhard Eppler, Paul Österreicher, Hester Minnema (Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte) gekommen, um sich über gesellschaftliches Engagement in der DDR zu informieren bzw. Vorträge zu halten.

4. 9.

Nach dem Friedensgebet einen Tag nach der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse versammeln sich etwa 800 Bürger Leipzigs auf dem Nikolaikirchhof zu der nun schon traditionellen Messedemo. MitarbeiterInnen einer Leipziger Menschenrechtsgruppe halten Plakate hoch, mit denen sie *„Versammlungsfreiheit – Vereinigungsfreiheit"*, *„Für ein offenes Land mit freien Menschen"*, *„Reisefreiheit statt Massenflucht"*, *„Gegen den Strom – freies Reisen für alle"*, *„Reisefreiheit – Grundfreiheit für jeden Bürger in der DDR auch in den nichtsozialistischen Westen. Mehr Demokratie – Reformen"* fordern. Nach wenigen Minuten werden ihnen die Plakate von Sicherheitskräften in Zivil entrissen. Unter den Augen der Kameras der Weltöffentlichkeit geht die Polizei nicht brutal wie vor dem Sommer gegen die Demonstranten vor. Etwa 200 Personen zogen danach noch Richtung Hauptbahnhof, um *„Freie Fahrt bis Gießen"* zu fordern. Erst am Hauptbahnhof kam es zu gewalttätigen Übergriffen von Seiten uniformierter und ziviler Sicherheitskräfte, nachdem kein Journalist mehr anwesend war.

Am Abend versammeln sich rund 500 Menschen in der Reformierten Kirche, um einen Vortrag Friedrich Schorlemmers über „Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung" zu hören.

Wie bereits bei den Berliner Seminaren „Wenn Abgrenzung zum Prinzip wird" am 13. August und dem Menschenrechtsseminar am 26./27. August aus Anlaß des 200. Jahrestages der Französischen Revolution wird deutlich, daß die Gründung oppositioneller Parteien und Vereinigungen kurz bevorsteht. **-l.m.-**